

NEUES VON JULIANE PFEIL EURE VERTRETERIN IM SÄCHSISCHEN LANDTAG



INHALT

SEITE 1

SCHULGESETZ
SPD-Fraktion fordert
Änderungen |
Maßnahmen gegen
Lehrermangel

SEITE 2

**KINDER, FAMILIE
UND PFLEGE**
Weiterentwicklung von
Kindertagesstätten |
Politischer Brunch

SEITE 3

**FLUCHT UND
ASYL**
Filmvorführung
mit Diskussion
in Reichenbach |
Schließung der
Erstaufnahme Plamag

SEITE 4

**ARBEIT UND
SOZIALES**
Arbeitsmarktmentoren
für Geflüchtete |
Zu Besuch im
Frühförderzentrum
der Lebenshilfe Plauen

LIEBE GENOSSINNEN UND GENOSSEN,

seit Wochen diskutieren wir im Sächsischen Landtag das Schulgesetz und suchen dabei auch nach Möglichkeiten, dem Lehrermangel entgegenzuwirken.

DER GRUNDSATZ UNSERES SCHULGESETZES

Inklusion: Die Zielsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention sehen wir erst durch sachsenweit einheitliche Standards für die Beurteilung des Förderbedarfs verwirklicht. Die derzeit vorgesehene Regelung schafft die Förderschulpflicht ab. Gleichzeitig können Kinder mit besonderem Förderbedarf nur dann eine Regelschule besuchen, wenn die Schulleitung dies „erlaubt“. Praktisch kann das heißen, dass ein Kind mit besonderem Förderbedarf keine Regelschule findet.

Integration: Kinder, für welche die Unterrichtssprache Deutsch nicht ihre Muttersprache ist, haben einen besonderen Förderbedarf. Und wo ein besonderer Förderbedarf ist, da ist auch der Einsatz zusätzlicher Ressourcen erforderlich.

Ländlicher Raum/Schulnetz: Die vollständige Umsetzung des Schulschließungsmoratoriums im Gesetzesentwurf gehört im Grundsatz unseres Schulgesetzes verankert. Eng damit ist die Frage der Schülerbeförderung verbunden. Der Gesetzesentwurf ist in diesem Bereich insgesamt nicht kompatibel mit den parallel stattfindenden Überlegungen zu einem sachsenweit gültigen Bildungsticket.

Stärkung der Oberschulen: Wir nehmen mit großer Sorge wahr, dass sich unsere sächsischen Oberschulen – das Herz unseres Schulsystems – in einer ohnehin schon angespannten und für sie besonders schwierigen Situation mit ihren vielfältigen Aufgaben stellenweise allein gelassen fühlen. Daher müssen die Oberschulen im Gesetz gestärkt werden.

Eigenverantwortung/Selbstbestimmte Schule: Viele Schulleiterinnen und Schulleiter haben uns deutlich gemacht, dass sie gern mehr Entscheidungsfreiheit besitzen und damit gleichzeitig mehr Verantwortung wahrnehmen wollen. Hierzu zählt auch die Stärkung und Wertschätzung des ehrenamtlichen Engagements von Eltern- und Schülervertretungen.

DEM LEHRERMANGEL ENTGEGENWIRKEN

Als SPD-Regierungsfraktion ist es uns gelungen, dass wir einige unserer wichtigsten Forderungen angesichts des Lehrerfachkräftemangels erfüllen konnten: unbefristete Lehrerverträge, Verdopplung der Ausbildungskapazitäten an den Unis, die Schaffung 1.000 zusätzlicher Stellen etc. Das heißt, auch das Arbeitsleben für Lehrfachkräfte über 63 attraktiver als die Rente mit Abschlägen zu gestalten sowie ein einheitliches Einkommen unserer Lehrerinnen und Lehrern an allen Schularten zu garantieren.

Eure Juliane

MIT ELTERN-KIND-ZENTREN IN DIE ZUKUNFT

SPD bringt Umbau der Kitas zu Eltern-Kind-Zentren voran | Kontinuität und Personal notwendig

„Eltern-Kind-Zentren sind Kindertageseinrichtungen, die sich als Willkommensort für Familien verstehen und Beratungen bzw. Unterstützung in allen Lebenslagen anbieten. Das reicht von der Hilfe bei Problemen mit Ämtern bis hin zum Fachvortrag. Das Ziel der SPD ist, unsere Kindertagesstätten zu solchen Zentren weiterzuentwickeln. Dieses Vorhaben wurde im Koalitionsvertrag verankert und nun freue ich mich sehr über den Anfang Mai 2016 erfolgten Start des Modellprojektes“, erklärte Juliane Pfeil, Familienpolitikerin der SPD-Fraktion in der aktuellen Debatte im Landtag.

Für Pfeil ist klar, dass das Modellprojekt nur ein Anfang sein kann: „Insgesamt 55 Einrichtungen haben sich um die Landesförderung beworben. Dies zeigt deutlich, dass wir mit unserem Vorhaben einen Nerv getroffen und den richtigen Weg eingeschlagen haben. Und auf Grund der Tatsache, dass nicht alle, sondern nur 31 Einrichtungen ausgewählt werden konnten, ist eines klar: Der Weg muss weiter beschritten und ausgebaut werden.“ „Ich bin davon überzeugt, dass Eltern-Kind-Zentren Kontinuität brauchen, um langfristig erfolgreich arbeiten zu können. Der Beratungsbedarf nimmt eher zu als ab und KITAs werden ihre wichtige sozialräumliche Rolle in Zukunft noch besser ausfüllen müssen. Dafür braucht es eigens zuständiges Personal mit den entsprechenden Ressourcen, um auch neue Beratungsangebote etablieren zu können“, so Pfeil mit Blick auf eine flächendeckende Etablierung der Zentren. ■

HINTERGRUND

VEREINBARUNG IM KOALITIONSVERTRAG (SEITE 16)

„Die Koalitionspartner werden in Zusammenarbeit mit Kommunen und den Trägern die Weiterentwicklung von Kindertageseinrichtungen zu Eltern-Kind- bzw. Familienzentren anregen. Damit kann die soziale Unterstützungsstruktur vor Ort für Kinder und Eltern gebündelt und u.a. die Kooperation von Kitas und Einrichtungen der Familienbildung befördert werden. Damit kann auch die Integration von Kindern und Eltern mit Migrationshintergrund unterstützt werden.“

REGIERUNGSPROGRAMM DER SPD SACHSEN 2014 (SEITE 14)

„Wir wollen Kindertagesstätten zu Eltern-Kind-Zentren ausbauen, die integrierte Leistungen für Kinder- und Familienbetreuung anbieten. Die Eltern-Kind-Zentren sollen niedrigschwellig und diskriminierungsfrei Angebote zur Stärkung der Eltern und Förderung von Kindern bündeln und so auch die Erziehungspartnerschaft von Erzieherinnen und Erziehern auf der einen Seite und Eltern auf der anderen Seite befördern. In diesen Zentren wollen wir in Kooperation mit Trägern ein tragfähiges Konzept in Sachsen etablieren und zusätzliche Mittel bereitstellen, damit die Arbeit nicht zulasten der Erzieherinnen und Erzieher geht.“

BUNDESVER- KEHRSWEGEPLAN

SPD-FRAKTION IM SÄCHSISCHEN LANDTAG FORDERT ÄNDERUNGEN

Die SPD-Fraktion sieht notwendige Änderungen insbesondere im sächsischen Schienenverkehr und fordert eine Überarbeitung des Entwurfs zum Bundesverkehrswegeplan. Hierbei geht es insbesondere um den Ausbau und die Elektrifizierung der Strecke Dresden-Görlitz-Breslau/Wroclaw, den Neubau der Strecke Dresden-Prag sowie die Berücksichtigung der Strecke Chemnitz-Leipzig für die Elektrifizierung.

„POLITISCHER BRUNCH“ ZUM THEMA PFLEGE UND ENQUETE-KOMMISSION

Rund ein Dutzend vogtländische Vertreterinnen und Vertreter aus der Pflege- und Gesundheitsbranche sind der Einladung Juliane Pfeils zu einem „Politischen Brunch“ Ende Mai 2016 in das SPD-Bürgerbüro im Herzen Plauens gefolgt. Mit dabei war auch die Fraktionskollegin Dagmar Neukirch, die als gesundheits- und pflegepolitische Sprecherin der SPD-Fraktion fungiert. Über einen Zeitraum von fast drei Stunden diskutierten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer intensiv über das Thema Pflege im Allgemeinen und über die Enquete-Kommission im Besonderen. Die Gäste aus der Pflegebranche nutzten dabei die Möglichkeit, über Probleme zu informieren, die die Abgeordneten gern zur weiteren Bearbeitung mit in den Sächsischen Landtag nehmen.

MdL Neukirch ist Mitglied der Kommission „Sicherstellung der Versorgung und Weiterentwicklung der Qualität in der Pflege älterer Menschen im Freistaat Sachsen“, die zu Beginn des Jahres ihre Arbeit aufnahm. Die Enquete-Kommission wird über zwei Jahre die aktuelle Situation der Pflege in Sachsen genau untersuchen, davon ausgehend Probleme benennen und dann gemeinsam Strategien entwickeln, um diese Probleme zu lösen. Ziel muss es u.a. sein, die Bedingungen in der Pflegebranche für die Pflegebedürftigen, aber auch für deren Angehörige und für die vielen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die eine wunderbare Arbeit leisten, zu verbessern. Heute wurde ein erster wichtiger Schritt dahingehend unternommen. ■

„DIE KINDER VON ALEPPO“ FILMVORTRAG MIT DISKUSSION IN REICHENBACH

Ende April 2016 veranstaltete Juliane Pfeil in Kooperation mit der Friedrich-Ebert-Stiftung einen Filmvortrag mit Diskussion in der Begegnungsstätte der Diakonie Reichenbach. Vor fast 50 interessierten Teilnehmerinnen und Teilnehmern wurde der Film „Die Kinder von Aleppo“ des Dokumentarfilmers Marcel Mettelsiefen präsentiert. Das 45-minütige Werk transportiert in bedrückender wie beeindruckender Art und Weise die Atmosphäre des Krieges und das damit einhergehende Leid in der Großstadt im Nordwesten Syriens. Der Film schafft eine intensive Atmosphäre, die unwirklicher und unwirtlicher nicht sein kann: Die Geschichte der Kinder, die in ihren jungen Jahren Dramatisches erleben, hinterließ einen bleibenden Eindruck bei Frau Pfeil.

Der Film wurde mit dem Deutschen Fernsehpreis (2014) und dem Grimme-Preis (2015) ausgezeichnet. Fast zwei Dutzend Mal ist Filmemacher Marcel Mettelsiefen für seine Reportage in die syrische Stadt gereist. In „Die Kinder von Aleppo“ begleitet er das Leben der Familie des Rebellenkommandanten Abu Ali Al-Saliba.

Nicht weniger intensiv war die anschließende Diskussion mit Martin Zabel aus Leipzig, der als freier Journalist mit den Schwerpunkten Naher und Mittlerer Osten arbeitet, und dem aus Aleppo



geflüchteten Haji Darwisch, der als Chemiker arbeitete. Der Flüchtling erzählte dabei seine ganz persönliche Wahrnehmung der Kriegssituation in seiner Heimatstadt und berichtete vom „neuen Leben“ in Deutschland, während Martin Zabel übersetzte und Fragen des Publikums zur politisch-militärischen Situation im Krisengebiet erläuterte.

Juliane Pfeil zeigte sich erfreut darüber, dass so viele Interessierte, vor allem auch so viele geflüchtete Menschen, ihrer Einladung gefolgt sind. Es zeigt, wie wichtig ein gegenseitiger Austausch ist. Das Veranstaltungsformat soll in der zweiten Jahreshälfte auch in Plauen angeboten werden. ■

SCHLIESSUNG DER ERSTAUFNAHMEEINRICHTUNG AN DER PLAMAG IN PLAUEN FÜR ENDE JUNI ANGEKÜNDIGT PFEIL FORDERT FAIREN UMGANG MIT BESCHÄFTIGTEN

Vor wenigen Wochen erfuhren die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, dass die Landesdirektion die Erstaufnahmeeinrichtung in der Plamag Plauen auf Grund gesunkener Flüchtlingszahlen Ende Juni schließen wird, aus den Medien von ihrem Verlust des Arbeitsplatzes. Juliane Pfeil dazu: „Ich erwarte einen fairen Umgang mit den Beschäftigten, das sind wir ihnen schuldig. Und dazu gehört auch, dass man von den Schließungen nicht per Pressemitteilung oder aus dem Radio erfährt.“

Die integrationspolitische Sprecherin erklärt zur angepassten Konzeption zur Entwicklung der Erstaufnahmeeinrichtung im Freistaat Sachsen: „Wir danken den vielen Ehrenamtlichen und Hauptamtlichen, die in den letzten Monaten Großes in den Erstaufnahmeeinrichtungen geleistet haben. Ohne sie wäre diese enorme Aufgabe nicht zu schaffen gewesen.“

„Jetzt gilt es, die freiwerdenden Ressourcen in die Integration zu stecken, um diese erfolgreich zu gestalten. Der große Erfahrungsschatz der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter darf uns nicht verloren gehen. Wir werden uns dafür einsetzen, damit es für sie auch nach Schließung der Einrichtungen Perspektiven gibt. Viele der Beschäftigten machen diese Arbeit voller Überzeugung, haben sich qualifiziert und sehr viel Energie in den Job gesteckt. Sie können nun völlig zurecht erwarten, dass der Freistaat zusammen mit den Trägern und Kommunen zügig Lösungen findet.“

Die Erstaufnahmeeinrichtung in Plauen ging Anfang November des vergangenen Jahres in Betrieb und bot Platz für bis zu 600 Asylsuchende und Flüchtlinge. Das Deutsche Rote Kreuz fungierte als Betreiber der Einrichtung. ■

INTEGRATIONS- GESETZ AUF BUNDESEBENE

WUSSTEN SIE
EIGENTLICH
DASS ...

das Integrationsgesetz auf Bundesebene, welches die Regierungsfaktionen aus CDU und SPD Anfang Juni 2016 in das parlamentarische Verfahren eingebracht haben, derzeit heiß diskutiert wird. Ziel ist es, klare und verbindliche Regeln für die Integration von Asylsuchenden und Flüchtlingen zu schaffen. Menschen, die in unser Land kommen und Schutz suchen, wollen wir eine Chance geben, schnell auf eigenen Beinen zu stehen. Unter dem Motto „Fördern und Fordern“ beruht der Entwurf zum Gesetz auf drei tragenden Säulen: 1. Integration in den Arbeitsmarkt: Vorrangprüfung wird befristet für drei Jahre ausgesetzt, 2. früher Spracherwerb: Verpflichtung zu Integrationskursen möglich und 3. Wohnsitzzuweisung: befristet für anerkannte Flüchtlinge zur Vermeidung sozialer Brennpunkte.

92%

MIT DER FÖRDER-
RICHTLINIE FÜR
DIGITALE OFFENSIVE
IN SACHSEN WIRD
DER BREITBAND-AUS-
BAU MIT BIS ZU
92 PROZENT DORT
GEFÖRDERT, WO
TELEKOMMUNIKATI-
ONSUNTERNEHMEN
NICHT VON SELBST
TÄTIG WERDEN.

Die Richtlinie ist daher ein Stück gelebter Solidarität mit den ländlichen Räumen in Sachsen. Kein Einwohner im Freistaat sollte von zeitgemäßen Internetanschlüssen abgekoppelt wird. Die digitale Zukunft stellt für die SPD eine der Gerechtigkeitsfragen des 21. Jahrhunderts dar.

SPD FÖRDERT INTEGRATION IN DEN SÄCHSISCHEN ARBEITSMARKT MEHR ALS 500.00 EURO STEHEN IM VOGTLANDKREIS FÜR ARBEITSMARKTMENTOREN BEREIT

Arbeitsminister Martin Dulig (SPD) fördert die Integration von geflüchteten Menschen in den sächsischen Arbeitsmarkt. Das zuständige Staatsministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr veröffentlichte kürzlich einen Projektauftrag, in dessen Mittelpunkt sogenannte „Arbeitsmarktmentoren“ stehen. Das sind Personen, die einerseits Geflüchtete auf der Suche nach einer Ausbildung oder einem Job begleiten und andererseits Arbeitgeber unterstützen, die händierend nach Fachkräften suchen.

Insgesamt werden sachsenweit 13 Projekte gefördert. „Damit entsteht in Kürze auch im Vogtlandkreis eine solche Anlaufstelle. Die Vermittler helfen ganz praktisch bei der Arbeitsmarktintegration in unserer Region“, begrüßt MdL Juliane Pfeil die Entscheidung des SPD-Ministers. In ganz Sachsen werden ca. 60 Mentoren gesucht. Jeder Einzelne soll bis zu 15 Geflüchtete betreuen. Im Vogtlandkreis stehen bis 2019 dafür etwas mehr als 500.000 Euro zur Verfügung.

„Wir wollen, dass Integration erfolgreich ist. Ausbildung und Beschäftigung sind dafür enorm wichtig. Um den Geflüchteten eine Perspektive zu geben, müssen zügig Jobs oder Ausbildungsplätze angeboten werden. Der Arbeitsalltag kann Vorurteile ab- und Vertrauen aufbauen. Das nun gestartete Arbeitsmarktmentoren-Projekt ist dafür ein wichtiger Schritt – auch aufgrund des zunehmenden Fachkräftebedarfes und der demografischen Entwicklung“, erklärt Juliane Pfeil. ■

HINTERGRUND:

Mentoren stehen den Geflüchteten auf dem gesamten Weg der Ausbildungs- bzw. Arbeitsmarktintegration beratend zur Seite. Auch Arbeitgeber und Ausbildungsbetriebe werden mit Rat und Tat unterstützt, um eine möglichst reibungslose Eingliederung der neuen Mitarbeiter oder Azubis zu gewährleisten. Das Programm wurde in enger Zusammenarbeit mit der Bundesagentur für Arbeit, den Kammern, Sozialpartnern und kommunalen Spitzenverbänden erarbeitet. Es ist auf drei Jahre angelegt, mit rund 1.000 Teilnehmerplätzen. Vorgesehen ist, möglichst in jedem Landkreis bzw. jeder kreisfreien Stadt mindestens ein Projekt mit jeweils mehreren Mentoren zu etablieren. Dafür stehen rund 9,5 Millionen Euro aus Landesmitteln zur Verfügung. Antragsteller können Landkreise, Städte und Gemeinden sowie weitere Träger sein, die die Maßnahmen im Freistaat Sachsen durchführen. Es werden keine Doppelstrukturen geschaffen, ein vergleichbares Bundesprogramm existiert nicht.



BESUCH IM FRÜHFÖRDERZENTRUM DER LEBENSHILFE PLAUEN

Juliane Pfeil besuchte zusammen mit ihrer Kollegin aus dem Sächsischen Landtag, Hanka Kliese, am 12. Mai 2016 das Frühförder- und Behandlungszentrum der Lebenshilfe Plauen. Dort stellte der Leiter der Lebenshilfe, Herr Dr. Kazmierzak, zusammen mit dem Bereichsleiter Herr Haas, die Räumlichkeiten sowie die Arbeit des Hauses vor. Auch das dort tätige Team aus Heilpädagogen, Frühpädagogen, Psychologen, Ergotherapeuten und Physiotherapeuten gab den beiden Abgeordneten im Anschluss Einblicke in ihre interessante Tätigkeit.

Das Frühförderzentrum versteht sich in erster Linie als Anlaufstelle für Kinder mit Behinderungen bzw. Kinder, die von einer Behinderung betroffen sein könnten. Dabei steht die enge Zusammenarbeit mit den Eltern und anderen Bezugspersonen des Kindes im Vordergrund ihrer Arbeit. ■

„Das Frühförderzentrum ist ein wichtiger Baustein der vielseitigen Angebote der Lebenshilfe in Plauen. Insbesondere die Einbettung in den Stadtteil, der sich gegenwärtig stark weiterentwickelt, sehe ich dabei als äußerst positiv an.“

Juliane Pfeil

IMMER
FÜR EUCH DA!



☎ (03741) 4739763
@ juliane.pfeil@slt.sachsen.de
f facebook.com/pfeil.spd
🌐 www.juliane-pfeil.de

IMPRESSUM

Herausgeber:
Juliane Pfeil, MdL
SPD Bürgerbüro
Altmarkt 12
08523 Plauen
Fon: (03741) 4739763
Fax: (03741) 5939931
Auflage:
320 Stück, vierteljährlich,
kostenlos
Redaktion:
Eric Holtzsche, Juliane Pfeil